

Der Vollzugsdienst

2/2022 – 69. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Abgeerntet – eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung lässt weiter auf sich warten

Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung steht auf dem Spiel

Seite 2

Belegungszahlen sinken – Die Zukunft des offenen Vollzugs – Ab- oder Ausbau?

Geringe Auslastung birgt die Gefahr von Reduzierungen im Dienstplan

Seite 11

Hausdurchsuchung bei einem Vollzugsbediensteten – war das verhältnismäßig?

Massiver Eingriff in die Privatsphäre eines Bediensteten und seiner Familie

Seite 28

Flucht vor dem Krieg in der Ukraine

Ende Februar hat Russland Krieg gegen die Ukraine begonnen. Über 1,5 Millionen Menschen waren kurze Zeit später auf der Flucht.

Viele Kolleginnen und Kollegen sind über Vereine, Hilfsorganisationen oder auch privat engagiert, um den Menschen aus dem ukrainischen Kriegsgebiet zu helfen.

Lesen Sie mehr dazu in verschiedenen Beiträgen dieser Ausgabe.

Foto: pronola/stock.adobe.com



BERLIN



HAMBURG



SACHSEN-ANHALT

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Kommentar des Bundesvorsitzenden René Müller
- 2 Abgeerntet – eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst lässt weiterhin auf sich warten
- 4 Die Zahlung der Pflegezulage wurde verweigert – Kundgebung vor dem Landtag in Niedersachsen
- 4 Vorbereitungen auf die nächsten Tarifverhandlungen
- 5 Bundesseniorenvertretung ist gegen eine Diskriminierung der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

LANDESVORBÄNDE

- 6 Baden-Württemberg
- 14 Bayern
- 16 Berlin
- 20 Brandenburg
- 23 Hamburg
- 26 Hessen
- 34 Mecklenburg-Vorpommern
- 36 Niedersachsen
- 37 Nordrhein-Westfalen
- 51 Rheinland-Pfalz
- 55 Saarland
- 58 Sachsen-Anhalt
- 63 Schleswig-Holstein
- 69 Thüringen
- 67 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 3/2022:

14. Juni 2022



Der BSBD ist die einzige Fachgewerkschaft für die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug und vertritt deren Interessen.

Der BSBD fordert unter anderem:

- einheitliche Mindeststandards des Justizvollzugs innerhalb der Mitgliedsländer der Europäischen Union
- eine einheitliche Justizvollzugsgesetzgebung
- keine Teil- oder völlig privat betriebenen Justizvollzugsanstalten sowie keinen Einsatz privater Dienstleister im Justizvollzug
- Empirische Untersuchungen und Statistiken über Rückfalltäter
- eine Stärkung der Inneren Sicherheit durch mehr Abstimmung zwischen den Bundesländern
- die Schaffung einer Vollzugsakademie zur Sicherung einer einheitlichen Aus- und Fortbildung auf Bundes- und Europaebene
- eine Optimierung und Standardisierung beruflicher Aus- und Weiterbildung
- gleiche Rahmenbedingungen für alle Justizvollzugsbediensteten
- einen konsequenten Ausbau der instrumentellen, administrativen und sozialen Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten
- die Stärkung des Berufsbeamtentums
- eine einheitliche Besoldung und Versorgung
- der Verantwortung entsprechend bessere Beförderungs-, Aufstiegs- und Eingruppierungsmöglichkeiten
- die Wiedergewährung der „Gitterzulage“ bei allen Vollzugseinrichtungen
- eine Gleichbehandlung von Tarifkräften und Beamten bei der Berücksichtigung der „Gitterzulage“ in der Altersversorgung
- eine abschlagsfreie Altersversorgung für die besonderen Altersgrenzen aus Tarif- und Beamtenbereich
- die Schaffung von Versorgungsrücklagen, zur Absicherung der Pensionskosten

FÜR DEN VOLLZUG

A photograph showing two men from behind, walking away down a long, brightly lit hallway. The man on the left is wearing a dark blue uniform with 'JUSTIZ' visible on the back. The man on the right is wearing a white t-shirt. The hallway has yellow walls, potted plants, and a bulletin board on the right.

**Bund der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands**

**Mehr Informationen
www.bsbd.de**

9. Verbandstag – Bald ist es soweit!

Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Am 20./21. Juni 2022 wird in Jena unser 9. Verbandstag stattfinden.

Entsprechend unserer Satzung werden mehr als 30 Kolleginnen und Kollegen aus allen Anstalten, darunter Mitglieder des Landesvorstandes und der Ortsverbände, über den Inhalt und die Ziele der Verbandsarbeit in den nächsten fünf Jahren diskutieren, die Leitlinien der Verbandsarbeit bestimmen und einen neuen Landesvorstand wählen.

Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Entsprechend eines ersten Antrages wird sich der Verbandstag auch mit Satzungsänderungen beschäftigen, die unter anderem auch der im-

mer breiteren Nutzung elektronischer Medien Rechnung tragen sollen.

Dabei geht es auch um die Möglichkeit zur Abstimmung per E-Mail aber auch digitale Sitzungen und Video-Konferenzen.

Bei Redaktionsschluss war die Antragsfrist (Anträge müssen sechs Wochen vor Beginn des Verbandstages bei Landesvorstand eingegangen sein) noch nicht abgelaufen.

Natürlich wird der Landesvorstand den Verbandstag nutzen, um Rechenschaft über die geleistete Verbandsarbeit seit unserem 8. Verbandstag, der 2018 ebenfalls in Jena stattgefunden hat, abzulegen.

Der Landesvorstand



Symbolfoto: bizoo_n/stock.adobe.com

BSBD erneuert Forderung

Kommt der Anwärtersonderzuschlag?

Justizminister und Fraktionen im Landtag sprechen sich für die Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlages aus – tritt Finanzministerin auf die Bremse?

Der **BSBD** fordert seit geraumer Zeit die Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlages im AvD. Dies ist nicht neu und sicher bekannt, wir haben mehrfach dazu berichtet. Im Zuge der Haushaltsverhandlungen zum Haushalt 2022 hat der **BSBD** diese Forderung erneuert. Obwohl die Prüfung der Frage des Anwärtersonderzuschlages bereits 2018 auf Drängen des **BSBD** Bestandteil des Personalentwicklungskonzepts für den Justizvollzug geworden ist, wurden wir durch das TMMJV um eine (erneute) Begründung der Forderung auch aus aktuellen Gesichtspunkten heraus im Hinblick auf die Haushaltsverhandlungen gebeten. Nachdem wir dem nachgekommen sind, wurde eine (erneute?) Prüfung zugesichert.

Der **BSBD** hat in seiner Begründung erneut darauf hingewiesen, dass der Zuschlag erforderlich ist, um eine ausreichende Anzahl an Bewerbern für eine berufliche Tätigkeit im Justizvollzug zu gewinnen, weil bekanntermaßen in keinem der zurückliegenden Jahre, infolge von zu wenigen geeigneten Bewerbern, alle Anwärterstellen besetzt werden konnten und der Wettbewerb mit der Wirtschaft- aber auch anderen Bereichen der Landesverwaltung um geeignete Bewerber zugenommen hat.



Symbolfoto: Coloures-Pic/stock.adobe.com

Auch das derzeit stattfindende Auswahlverfahren zeigt, dass sich immer weniger Bewerber für eine Tätigkeit im Justizvollzug interessieren.

Dies liegt eben auch daran, dass sich viele Bewerber, insbesondere solche mit bereits abgeschlossener Berufsausbildung, die vordringlich gesucht werden, keine 24-monatige Ausbildung mit den Anwärterbezügen unterhalb des gesetzlichen Mindestlohnes leisten können – oder wollen. Zu beachten ist

zudem, dass von den Anwärterbezügen noch Krankenversicherungsbeiträge zu zahlen sind, und durch den überregionalen Einsatz, während und nach der Ausbildung, sowie dem Umstand, dass auch im Zusammenhang mit der theoretischen Ausbildung am BZ in Gotha für Anwärter noch weitere, nicht unerhebliche zusätzliche Kosten entstehen. Die derzeitigen Kraftstoffpreise, aber auch gestiegene Kranken- und Pflegeversicherungskosten verschärfen diese Lage zudem.

Wenn man dies alles betrachtet, liegen die Anwärterbezüge unter dem Niveau des Mindestlohns und übersteigen die Grundsicherung nur knapp. Thüringen und Sachsen sind die einzigen Bundesländer, in denen kein Anwärtersonderzuschlag gewährt wird. Thüringen nimmt im Ländervergleich den letzten Platz mit deutlichem Abstand zum Vorletzten ein.

In der „*Thüringer Allgemeinen*“ vom 04.02.2022 wurde auf Seite 1 im Zusammenhang mit den Haushaltsverhandlungen dargestellt, dass Thüringen auch zukünftig 300 Polizeianwärter einstellen wird. Quasi als Randnotiz, und nur bei genauem Lesen, war dem Artikel aber auch zu entnehmen, dass (nur) im Bereich der Polizei, Anwärter zukünftig eine Zulage erhalten sollen. Genaueres dazu war auch auf Nachfrage nicht zu erfahren.

Die Pressemitteilung habe ich noch am gleichen Tag zum Anlass genommen, mich hinsichtlich des Anwärter-

sonderzuschlages schriftlich an Minister **Adams** zu wenden. Unter Verweis auf die noch unbestätigte Pressedarstellung habe ich an unsere Gespräche und Begründungen erinnert und insbesondere mitgeteilt, dass es für uns nicht hinnehmbar wäre, wenn der Justizvollzug erneut zurückgesetzt wird.

Wenn einerseits im Bereich der Polizei für 300 Anwärter, die jährlich eingestellt werden, bei einer zwar ebenfalls, aus unserer Sicht aber bei Weitem nicht so komplizierten Bewerberlage ein Anwärtersonderzuschlag eingeführt wird und man dies zeitgleich dem Justizvollzug bei 40 Anwärtern, die jährlich eingestellt werden sollen, in Kenntnis des Umstandes, dass im Gegensatz zur Polizei im Justizvollzug die vorhandenen Anwärterstellen eben nicht besetzt werden konnten, mit Hinweis auf die Haushaltslage verwehren würde, wäre dies nicht nur ausbleibende Wertschätzung, sondern würde quasi an wissentliche Missachtung grenzen.

In jedem Fall wäre dies aber für uns ein weiteres Indiz dafür, dass die Beschäftigten im Justizvollzug in Thüringen keine Lobby haben, nicht ernstgenommen werden und Auswirkungen der entsprechenden Probleme bei ausbleibenden Einstellungen auch zu Lasten der im Justizvollzug Beschäftigten (die Aufgaben werden ja nicht weniger) bewusst in Kauf genommen werden.

In diesem Zusammenhang habe ich im Namen des Verbandes erneut kritisiert, dass es nach unserer Wahrneh-



Minister Dirk Adams. Foto: TMMJV/PÖA

mung gegenwärtig in der politischen Diskussion auch im Zusammenhang mit der Pandemie und dem Haushalt in Thüringen nur Lehrer und Polizeibeamte zu geben scheint. Dies ist schon traurig genug, es darf aber nicht dazu führen, dass die Beschäftigten im Justizvollzug erneut und dauerhaft benachteiligt werden.

Minister **Adams** hat uns noch am gleichen Tage schriftlich mitgeteilt, dass sich alle Fraktionen für die Einführung des Anwärtersonderzuschlages ausge-

sprochen hätten und nunmehr nur noch die Zustimmung des Finanzministeriums als dem gegenwärtig auch für das Beamtenrecht zuständigen Ministeriums ausstehe. Mittlerweile verdichten sich die Anzeichen dafür, dass das TFM vor allem mit der Begründung der im Rahmen des Haushalts beschlossenen globalen Minderausgabe bei der Einführung des Zuschlages auf die Bremse treten wird. Wir müssen also weiter am Ball bleiben.

Die Frage des Anwärtersonderzuschlages zeigt, übrigens wie viele andere Entscheidungen der letzten Jahre (Angleichung der JVA Zulage an die Polizeizulage, Abschaffung der Stellenobergrenzen nur bei der Polizei, Stellenbewertung und die erreichten Stellenhebungen im Justizvollzug) erneut, dass wir nur erfolgreich sein können, wenn wir für unsere Interessen selbst eintreten.

Die Annahme oder vielleicht auch Hoffnung, dass der Justizvollzug von Verbesserungen in anderen Bereichen quasi automatisch mitprofitiert, nur weil man zu diesen quasi ehrfürchtig aufschaut und sich in diesen Bereichen, oder in dieser Hinsicht, verbunden mit der Hoffnung so mehr zu erreichen, organisiert, muss in Folge der genannten Umstände als widerlegt betrachtet werden.

Wir werden weiter selbst für unsere Interessen eintreten müssen, wenn wir etwas erreichen wollen.

J. Bursian, Landesvorsitzender ■

Delegierte zum Verbandstag gewählt

Mitgliederversammlung im Ortsverband Tonna

Neuwahl des Ortsverbandsvorstands im Herbst

Am 2. März 2022 haben wir unsere Mitgliederversammlung durchgeführt, zu der wir alle Mitglieder unseres Ortsverbandes auch schriftlich eingeladen hatten. Auch der Landesvorsitzende, Koll. Jörg Bursian, war unserer Einladung gefolgt und berichtete eingangs über die Aktivitäten des Landesvorstandes. Schwerpunkt der Sitzung war die Erarbeitung eines Wahlvorschlages für die Wahlen zum örtlichen Personalrat.

Viele Mitglieder waren unserer Bitte gefolgt und haben Kandidaten vorgeschlagen. Leider ist es so, dass viele Kolleginnen und Kollegen sich zwar mit unseren Zielen identifizieren, aber einer Mitarbeit in der Personalvertretung eher zögerlich gegenüberstehen. Umso mehr freuen wir uns, dass wir unser Ziel, einen Wahlvorschlag, der

Bedienstete aus vielen Bereichen und unterschiedlichen Laufbahnen, der damit auch das Gesamtbild der Anstalt repräsentativ abbildet, als Kandidaten zu gewinnen, erreichen konnten.

In der vorherigen Wahlperiode konnte der örtliche Personalrat, in dem die Mehrheit der Mitglieder dem **BSBD** angehörte, viele für die Beschäftigten gute Entscheidungen herbeiführen.

Beispielhaft möchten wir an die Flexzeit (Minigleitzeit) und die Möglichkeit zur Sportdurchführung während der Dienstzeit erinnern, die auch Beispiel für andere Anstalten geworden sind und seither quasi zum Alltag gehören.

Gerne möchten wir auch an diese Erfolge anknüpfen und hoffen auf ein gutes Wahlergebnis.

Besonders wichtig ist es für uns, bei allen Unterschieden und sicher auch unterschiedlichen Interessen, auf ei-

nen Interessenausgleich im Sinne aller Beschäftigten – unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Gewerkschaften oder Vereinigungen – hinzuwirken.

Weiterer Schwerpunkt unserer Mitgliederversammlung war die Wahl der Delegierten zum Verbandstag im Juni sowie die weitere Arbeit des Ortsverbandes. Wir beabsichtigen, nach dem Ausscheiden einzelner Mitglieder aus dem Ortsverbandsvorstand im Herbst einen neuen Ortsverbandsvorstand zu wählen und würden uns über Mitglieder, die sich im Vorstand engagieren wollen, sehr freuen. Ihr seid herzlich dazu eingeladen!

Nicht vergessen wollen wir, uns bei den Kollegen **Oehlsen** und **Reinhold** für die Vorbereitung unserer Versammlung zu bedanken.

Ortsverband Tonna ■

Landtag beschäftigt sich mit JVA Zwickau

Für Thüringen sind in der JVA Zwickau 370 Haftplätze vorgesehen

Baukosten für Thüringen mit jetzt 124,54 Millionen Euro gegenüber geplanten 67,5 Millionen Euro nahezu verdoppelt, Landtag beschäftigt sich auch mit Fragen des Übergangs des Personals.

Vor etwa einem Jahr, am 25.02.2021 hatten wir ein längeres Gespräch mit der Abgeordneten **Franziska Baum (FDP)** im Thüringer Landtag, wir haben in der Ausgabe 2/2021 ausführlich dazu berichtet. Schwerpunkt in diesem Gespräch war neben anderen Aspekten auch der Neubau der JVA Zwickau und Fragen des Übergangs des Personals.

Viele unserer Forderungen beschäftigen nunmehr auch den Thüringer Landtag und den Justizausschuss, weil sie Gegenstand von kleinen Anfragen und Anträgen (überwiegend der FDP-Fraktion) an den Landtag geworden sind und wir uns dadurch Gehör verschaffen konnten.

Der Antwort der Landesregierung zur kleinen Anfrage des Abgeordneten Bergner (FDP) ist zu entnehmen, dass sich die auf Thüringen entfallenden Baukosten von ursprünglich 67,5 Mio. Euro auf nunmehr 124,54 Mio. Euro erhöht und damit nahezu verdoppelt haben, wobei die sogenannten Bauherrenkosten, die der Freistaat Thüringen zusätzlich anteilig erstatten muss, sowie eine anteilige Verwaltungskostenauspauschale (mehr als 7 Mio Euro) noch nicht berücksichtigt sind.

Weitere Kostensteigerungen sind zudem ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Insofern ist zu erwarten, dass für Thüringen Kosten von mehr als 130 Mio. Euro entstehen werden.

(Drucksache 7/4949, https://parldok.thueringerlandtag.de/ParlDok/dokument/85486/kostenentwicklung_der_justizvollzugsanstalt_jva_in_zwickau.pdf).

Für Thüringen sind in der Justizvollzugsanstalt Zwickau 370 Haftplätze vorgesehen. Zum Vergleich: Der Neubau der JVA Arnstadt und der Jugendarrestanstalt mit insgesamt rechnerisch nur 30 Haftplätzen weniger (300 JVA, 40 JAA also gesamt 340) hatte Baukos-

ten in Höhe von 73 Mio. verursacht. Damit sind also die Baukosten für die JVA Zwickau mehr als 50 Mio. Euro teurer!

Mit dem Antrag der FDP „Update für den Öffentlichen Dienst: Thüringer Justiz zukunftssicher aufstellen“ vom 01.06.2021 (Drucksache 7/3448) beantragt die FDP, dass der Landtag die Landesregierung auffordern soll, auf den Abschluss eines Staatsvertrags oder zumindest einer Vereinbarung mit dem Land Sachsen für den Personalübergang auf die zukünftige Justizvollzugsanstalt (JVA) Zwickau hinzuwirken und insbesondere bereits jetzt die Personal-



Mit dem Antrag der FDP wurden unsere Forderungen aus dem Gespräch vom 25.02.2021 mit Franziska Baum (MdB) übernommen und beschäftigen jetzt auch den Landtag.

vertretung der JVA Hohenleuben in die zukünftigen Vorhaben einzubeziehen. Der Antrag wird in diesem Punkt wie folgt begründet: „Nach Mitteilung der Landesregierung ist im Jahr 2024 der Abschluss der baulichen Maßnahmen an der JVA Zwickau zu erwarten. Im Zuge dessen soll der Betrieb der JVA Hohenleuben eingestellt werden.“

Rechtzeitig vorher ist dem Personal der JVA Hohenleuben eine Perspektive aufzuzeigen. Es müssen Fragen zum Personalübergang, zu Besoldungs- und

Beihilferegelungen und zu notwendigen Fortbildungsmaßnahmen geklärt werden. Es ist auch aufzuzeigen, wie und mit welchem Personal und in welchem zeitlichen Rahmen der Betrieb der JVA Hohenleuben eingestellt wird.“

Auch in den Gesprächen mit Minister **Adams** im September 2020 und am 23.06.2021 (Vollzugsdienst 4-5/2021) hatten wir eine klare Perspektive für die Beschäftigten und auch eine aktive Einbeziehung der Beschäftigten gefordert.

Mit dem Antrag der FDP wurden also unsere Forderungen aus dem Gespräch vom 25.02.2021 mit **Frau Baum (MdB)** übernommen und beschäftigen jetzt auch den Landtag.

Vor diesem Hintergrund konnten wir zumindest eine erste Informationsveranstaltung mit Vertretern des sächsischen Justizministeriums in der Justizvollzugsanstalt Hohenleuben im Spätjahr 2021 erreichen, die es sonst vermutlich nicht gegeben hätte. Diese Veranstaltung darf aber keine Eintagsfliege sein, oder zur Alibiveranstaltung verkommen.

Wir fordern Beteiligung statt Verkündungen! Der Antrag der FDP ist derzeit Gegenstand von Erörterungen im Justizausschuss und beschäftigt auch die Arbeitsgruppe „Innere Sicherheit“ des **tbb**. Der **BSBD** bemängelt, dass immer noch keine konkreten Auskünfte für die Beschäftigten gegeben werden und es auch an der versprochenen Beteiligung fehlt. Gemeinsam mit dem **tbb** werden wir uns weiter für eine aktive Beteiligung einsetzen.

Dass wir erreichen konnten, dass sich der Landtag mit diesen Umständen beschäftigt und die Landesregierung ihre passive Rolle nicht einfach weiterspielen kann, können wir insofern nur als Zwischenziel betrachten und müssen weiter am Ball bleiben.

Eine erneute Gelegenheit dazu ergab sich bereits durch ein weiteres, wenn auch kurzes Gespräch mit **Frau Baum (MdB)** am Rande des Besuchs der Strafvollzugskommission in der JVA Arnstadt am 07.03.2022.

Der Landesvorstand

Besuchen Sie uns im Internet: www.bsbd-thueringen.de



Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
Gewerkschaft Strafvollzug
Landesverband Thüringen



Home

Organisation

Aktuell

Termine

Gesetze usw.

Presse

Südländer

Intranet

Hauptpersonalratswahl 2022

Was wir erreicht haben

- Personalbedarfsberechnung und damit der Nachweis, dass der Justizvollzug über viel zu wenig Personal verfügt.
- Ablehnung jeglicher Privatisierung im Vollzug.
- Deutliche Erhöhung der Einstellungszahlen.
- 100 Stellenhebungen von A7 nach A9 und damit 200 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten ab dem Haushalt 2021.
- Verhinderung der Bewertung von Dienstposten im Eingangsamt A7.
- JVA Zwickau: Justizausschuss beschäftigt sich mit Fragen der Beteiligung und des Übergangs des Personals.
- Justizminister und Fraktionen im Thüringer Landtag bekennen sich zur Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlages.
- Keine Benachteiligung der Beschäftigten im Justizvollzug beim Zugang zu priorisierten Impfanträgen.
- Angleichung der JVA Zulage an die Zulage für Polizeibeamte (bereits 2018).

Damit sich was bewegt!

Für was wir uns besonders einsetzen wollen:

- Anhebung des Eingangsamtes im mittleren Dienst auf A8.
- Dienstvereinbarung zu Abordnungen und Versetzungen, die allen Beschäftigten eine verlässliche Perspektive bei gewünschtem Wechsel der Dienststelle eröffnet.
- Dienstpostenbewertung, die es allen Beschäftigten ermöglicht, bis zur Abschaffung der Stellenobergrenzen das Endamt der Laufbahn zu erreichen.
- Echte Beteiligung der Beschäftigten bei der Verwaltungsvereinbarung zum Übergang des Personals an die JVA Zwickau – Gleichberechtigter Zugang zu Dienstposten, Ausgleich von entstehenden Nachteilen. (Besoldung, Beihilfe usw.)
- Klares Bekenntnis zum Weiterbetrieb der JVA Untermaßfeld auch über 2026 hinaus.
- Weitere Erhöhung der Einstellungszahlen, um den festgestellten Personalbedarf auch wirklich zu erreichen.
- Abschaffung der Stellenobergrenzen.
- Angleichung der Zulagen für DUZ an das Bundesniveau.
- ... und natürlich: Unterstützung der Beschäftigten auch in Einzelfällen und bei individuellen Problemen.

Wir scheuen uns nicht, Probleme offen anzusprechen und sagen kritisch unsere Meinung!



Du hast die Wahl!



**zur Wahl
im Mai 2022**

www.bsbd.thueringen.de



Homepage: www.bsbd-thueringen.de

E-Mail: post@bsbd-thueringen.de

Facebook: **BSBD Thüringen**; Twitter: **BSBD_TH**